

Wirtschaftsentwicklung und Verbandsleben in 25 Jahren

Vorgeschichte der Gründung des Verbandes Sächsischer Industrieller

Der nach der Reichsgründung mit höchster Energie einsetzende Versuch, eine einheitliche, deutsche Wirtschaftspolitik durchzuführen, begegnete unter dem Einfluß der nach dem deutsch-französischen Kriege herrschenden Wirtschaftskrise der Forderung nach „Schutz der nationalen Arbeit“. Als Bannerträger dieses neuen wirtschaftspolitischen Gedankens entstand 1876 der Zentralverband Deutscher Industrieller. Er setzte eine entschlossene Schutzzollpolitik an die Spitze seines Programms, die gleichmäßig agrarischen und industriellen Erzeugnissen zugute kommen sollte. Desgleichen wollte der Zentralverband die Regierung in sozialpolitischen Forderungen wohlwollend und fördernd unterstützen unter Aufrechterhaltung der vollen Dispositionsfreiheit des Unternehmers. Mit dem Wachstum der deutschen Industrie, insbesondere der mehr arbeitsorientierten Industriezweige der Halb- und Fertigwarenproduktion, wurde von großen Teilen der Wirtschaft erkannt, daß der „Schutz der nationalen Arbeit“ im Sinne des Zentralverbandes Deutscher Industrieller nicht mehr ausreiche und zu eng gefaßt war. Die immer mehr wachsende industrielle Produktion brauchte Schutz und Förderung auch im Auslande, namentlich bestand das Bedürfnis nach einer auf Exportförderung mehr als bisher eingestellten Handelspolitik, wie auch ihre Arbeitsorientierung vielfach eine besondere Stellung in manchen sozialpolitischen, verkehrspolitischen und sonstigen Fragen bedingte.

Die Bestrebungen nach einer Vertretung mit einem solchen Programm führten 1895 zur Gründung des Bundes der Industriellen in Berlin mit dem Ziel der „Wahrung der gemeinsamen Interessen der deutschen Industrie, sowie des Zusammenwirkens in allen die deutsche Industrie betreffenden Fragen“. Es sollte damit eine Organisation geschaffen werden, die der bedeutenden wirtschaftlichen Machtentfaltung der Landwirtschaft durch den im Jahre 1893 gegründeten Bund der Landwirte als eine geschlossene und führende Industrievertretung gegenüberzutreten sollte. Von dem Bund der Landwirte übernahm sie den Grundsatz, durch den Zusammenschluß der Industrie die Möglichkeit zu erhalten, den gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung für die sich immer mehr ausbreitende Industrie sicherzustellen und ihr eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung in den parlamentarischen und Selbstverwaltungs-Körperschaften bis herab zu den Gemeinden zu sichern. Das Übergewicht des agrarischen Einflusses bei der Regierung und Bundesrat, teilweise auch im Reichstag, desgleichen auch die damals in der Industrie selbst vorhandenen Differenzen in der Auffassung über die Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen und Probleme, ließ große Teile der Industrie den Mangel einer namentlich auch die verarbeitende Industrie zur praktischen Mitarbeit heranziehenden Gesamtvertretung im Reiche stark empfinden; das Verlangen nach größerer Berücksichtigung der Interessen namentlich auch der mittleren und kleineren Industriebetriebe, um sie bei der Gesetzgebung nicht zu kurz kommen zu lassen, trat immer stärker hervor und wurde in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert.

Mit Rücksicht auf das Ziel, die Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie unter aktiver Teilnahme weitester Industriekreise herbeizuführen, gründete der Bund der Industriellen in den einzelnen Teilen des deutschen Reiches, wo industrielle Zentren sich befanden, Bezirksvereine und Landesgruppen, stellte also in sehr kluger Anpassung an die vorhandenen Bedürfnisse sich nicht auf eine Zentralisation der